

Umweltminister im Zweifel gegen den Moorschutz in Hunteburg

Polat: Klimaschutzstrategie der Landesregierung nur auf dem Papier

Die Ankündigung des FDP-Umweltministers, zukünftig auf den Moorschutz als Beitrag zum Klimaschutz setzen zu wollen, ist eine Mogelpackung, so die Kritik der Landtagsabgeordneten Filiz Polat. Der Umweltminister hatte kürzlich eine ablehnende Stellungnahme zur Petition der Bürgerinitiative "Erhaltet Hunteburg" formuliert, mit der sich die Bürgerinitiative gegen den Kies- und Torfabbau im Hunteburger Niedermoor wendet. "Der Naturschutz, der Erhalt der Biodiversität fällt bei dieser Landesregierung wieder einmal hinten runter. Es ist Stil dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, dass sie beim Naturschutz über Ankündigungen nicht hinauskommen. Denn wenn es vor Ort konkret wird, wie beim Abbaugelände in Hunteburg, zählen bei FDP und CDU allein die wirtschaftlichen Interessen," kritisierte die Landtagsabgeordnete.

CDU und FDP hätten bereits mit ihrer Zustimmung zum Landesraumordnungsprogramm im Juli letzten Jahres massiven Frevel am Klimaschutz durch Zulassung weiterer Moorzerstörung begangen, so Polat weiter. Die amtierende Niedersächsische Landesregierung aus CDU und FDP hat im Landesraumordnungsprogramm 12 000 Hektar für den Bodenabbau vorgeschlagen, davon mehr als 7 000 Hektar für den Torfabbau. Das beim Torfabbau riesige Mengen klimaschädlicher Gase freigesetzt werden, nimmt die Landesregierung offenbar billigend in Kauf. Diese Praxis steht im krassen Widerspruch zu den erklärten klimapolitischen Zielen der Niedersächsischen Landesregierung sowie zu den Klimazielen des Landkreises Osnabrück, so die Abgeordnete Filiz Polat. Die nun angekündigten Maßnahmen des Umweltministers Stefan Birkner zum Schutz der Moore kann man daher getrost unter der Rubrik Wahlkampf einstufen. Die Landesregierung agiere darüber hinaus in Hunteburg - wie sonst auch - über die Köpfe der Kommunen und Bürger hinweg. Gleiches gelte für den Landkreis Osnabrück. Erst kürzlich hatte der Landkreis Osnabrück vor dem Verwaltungsgericht auf Grund formaler Fehler eine Niederlage beim Eilverfahren - Einstweiliger Rechtsschutz einfahren müssen. Auch hier hätte das Umweltministerium bereits als Fachaufsicht einschreiten müssen, so die Abgeordnete. Die Petition der Hunteburger Bürgerinitiative wurde seit August 2011 im Ministerium begleitet. Die Landesregierung hatte das Genehmigungsverfahren rechtlich nicht beanstandet und den Abbau politisch im Niedermoor mit Blick auf wirtschaftliche Interessen für vertretbar erklärt. Die Bürgerinitiative, vertreten durch Irmgard Middelberg-Handler, hatte am 06. Dezember 2012 die Antwort der Landtagsverwaltung erhalten, dass ihre Petition im letzten Plenum des Landtages im Dezember abgelehnt wurde. Die Grünen im Landtag hatten die Eingabe der Hunteburger Bürgerinitiative hingegen unterstützt. Sie fordern generell einen Paradigmenwechsel beim Rohstoffabbau. Die Politik muss sicherstellen, dass nicht mehr wie bisher der Torf- und Bodenabbauindustrie der Weg zu immer neuen Abbaugenehmigungen geebnet wird; vielmehr müsse mit den Rohstoffen sparsam umgegangen werden, so die Grünen. Keine Vorranggebiete darf es mehr im Bereich von Mooren geben.

Filiz Polat
Landtagsabgeordnete
Bündnis 90/Die Grünen

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Fon 0511/3030-3303
Fax 0511/3030-99-3303
eMail Filiz.Polat@lt.niedersachsen.de